

Klarstellung erforderlich

Gerichtsurteil: „X ist ein Antisemit“, FR-Feuilleton vom 15. Juni

Wie in vielen anderen Fällen – intensiviert seit dem beklagenswerten Bundestagsbeschluss vom 17. Mai 2019 – schwingt im Falle Reiner Bernsteins ein Mitarbeiter im israelischen Ministerium für Nachrichtendienste, Arye Buz Shalichar, die Antisemitismus-Keule!

Wenn nun der § 130 StGB ergänzt werden soll mit strafrechtlichen Konsequenzen für Antisemitismus, dann steht zu befürchten, dass es im öffentlichen Diskurs zu einer Schlamm-schlacht kommen wird. Man darf gespannt sein, ob und wie da mehr Klarheit erzielt werden kann. Der Kampf um die Deutungsmacht wird mit harten Bandagen geführt werden, das kann man jetzt schon voraussagen. Interessant, wer sich wie daran beteiligen wird und wer wie viel Einfluss gewinnt.

Berliner Amtsgericht, Landgericht und Kammergericht haben wirklich eine sehr seltsame Auslegung des grundrechtlichen Schutzes der Meinungsfreiheit! Persönliche Beleidigungen – sogar unter der Gürtellinie – Diffamierungen, Schimpfworte, sexistische Anwürfe etc. sollen alle zur Meinungsfreiheit gehören? Das ist unglaublich und darf einfach nicht wahr sein! Hier muss es dringend zu einer Klarstellung kommen.

Ich hoffe, dass sowohl Frau Künast als auch Herr Bernstein die Energie, die Empörung und auch das Geld dazu haben, diese Entscheidungen nicht hinnehmen zu müssen. Und falls sie gerichtlich nicht weiter gehen können sollten, bin ich sofort bereit, eine Petition in der Sache zu unterschreiben!

Hannah Erben-Wunder, Hamburg

Blut muss fließen

Times mager: „Horror“, FR-Feuilleton vom 17. Juni

Wem das noch nicht genügt und wer auch nach „Thriller“, „Tatort“, „Krimi“, „Polizeiruf“ etc. noch nicht genug hat von dem, was uns laut öffentlich-rechtlichem Medien-Staatsvertrag verabreicht, von den Privaten ergänzt und den restlichen Medien anschließend genüsslich wiedergekaut wird, der filmt dann per Handy die nächste Massenkarambolage auf der Autobahn oder sucht im Darknet die perversesten Kinderpornos, um endlich mitreden zu können. Das Beste sind aber immer noch die Nachrichten und Dokumentarsendungen über Kunduz, Idlib, Gaza etc. Da kann man sich sicher sein, dass es kein Theaterblut ist und dass die Leichen hinterher nicht wieder aufstehen.

Gemäß der alten (nicht nur deutschen) Leitkultur: „Blut muss fließen, knüppelhagedick!“. Peter Himstedt, Berlin



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200622

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert die Podiumsdiskussion „Autonomie – Lebensschutz“ zum Sterbehilfe-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Mit Noreen van Elk (Kommissariat der deutschen Bischöfe), Leo Latasch (Deutscher Ethikrat), Stephan Sahn (Institut für Geschichte und Ethik in der Medizin) und Alfred Simon (Akademie Ethik in der Medizin). **Mit Publikum!** Die Zahl der Plätze ist begrenzt. Sie können die Diskussion live verfolgen unter FR.de/eventvideo-sterbehilfe **Freitag, 26. Juni, 19 Uhr. Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Freundschaft kaputt? Die transatlantische Krise“ mit der Grünen-Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner dem CDU-Europaabgeordneten und Richard Meng, von der Karl-Gerold-Stiftung und FR-Kolumnist. Dazu laden ein die Gerold-Stiftung und die FR. **Mit Publikum!** Die Anzahl der Zuschauer ist begrenzt. Bitte registrieren Sie sich mit dem Stichwort „Krise“ auf fr.de/anmeldung. Sie erhalten eine Teilnahmebestätigung, die nicht übertragbar ist. Der Einlass wird nur mit passendem Mund-/Nasenschutz gestattet. Die Diskussion wird gestreamt unter fr.de/eventvideo **Montag, 29. Juni, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Wer Menschen auf den Müll schickt

Die Pressefreiheit, Horst Seehofer und die „taz“: „Krawalle und Kolumne“ und „Dreister Angriff“, FR vom 23. Juni

Solchen Unsinn kann man nur in die Tonne klopfen

Die „taz“-Kolumnistin Hengameh Yaghoobifarah veröffentlichte in ihrer Kolumne einen Beitrag zur Debatte um Rassismus innerhalb der Polizei, in dem es u.a. heißt: „Wenn die Polizei abgeschafft wird, der Kapitalismus jedoch nicht, in welche Branchen kann man Ex-Cops dann überhaupt noch reinlassen? Schließlich ist der Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Fascho-Mindset in dieser Berufsgruppe überdurchschnittlich hoch.“ Als letzte Möglichkeit bliebe aus Sicht der Autorin nur eine Beschäftigung auf Müllhalden übrig.

Da frage ich mich, aus welchen seichten Quellen die „taz“ immer wieder mal schöpft. Ihre ehemaligen Autoren Anselm Lenz, Batsaba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp haben im März die „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand (KDW)“ gegründet, die eine unübersehbare Nähe zu Verschwörungsideologen und rechten Querfrontpopulisten aufweist und durch so genannte „Hygienedemos“ auf sich aufmerksam macht. Die staatspolitische Hygiene, die man den Bürgern empfiehlt, besteht aus der Leugnung der Gefahren, die von Corona Covid-19 ausgehen (einschließlich der Schwerverkranken und Gestorbenen). Und aus einer infantilen Interpretation des Grundgesetzes bzw. der auf die Verfassung zurückgehenden Gesetze und Verordnungen zur Abwehr von Corona und anderen das Leben bedrohenden Seuchen.

Als ob es damit nicht schon genug wäre, erklärt Hengameh Yaghoobifarah ihren Lesern den Kapitalismus. Dabei ist keine Rede vom Privateigentum an den Produktionsmitteln, das strukturell zum Missbrauch einlädt, nicht von der Herrschaft einer Minderheit über die objektiven Lebensinteressen der Mehrheit, nicht von einem Markt, der nur für manipulierte Konsumenten frei ist. Möglicherweise halten sie und andere „taz“-Connaisseurs das für Satire. Tatsächlich aber werden die logischen Ebenen bei der Definition von Staat,

Polizei, Faschismus, Kapitalismus und Sozialismus permanent verwechselt. Wer solchen Unsinn schreibt, ist zu Substantiellem nicht mehr in der Lage. Einen solchen Unsinn kann man nur in die Tonne klopfen. Er ist der Diskussion nicht wert. Und ebenfalls keiner Strafanzeige eines Regierungsmitglieds.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Das erinnert an die Debatte über die Oma-Umweltsau

Die „taz“-Kolumnistin Hengameh Yaghoobifarah habe „sich in einem Text Gedanken darüber gemacht, was denn mit Polizisten zu tun sei, wenn es keinen Kapitalismus mehr gebe“, so Markus Decker. Ich frage mich da schon, ob er ihren Text überhaupt gelesen hat. Denn Frau Yaghoobifarah fragt sich in ihrem Text: „Wenn die Polizei abgeschafft wird, der Kapitalismus jedoch nicht (Hervorhebung: RR), in welche Branchen kann man dann Ex-Polizisten überhaupt noch reinlassen.“

Außerdem empfehle ich, die Analyse von David Hugendick und Johannes Schneider („Taktisches Missverständnis“) in Zeit online vom 22.6. zu lesen, die sich mit dem Text intensiv auseinandersetzt und ihm daher viel eher gerecht wird als all die vielen Zeitungstexte und Informationen in anderen Medien.

Das Ganze erinnert mich sehr an die heftige Debatte über den Song des WDR-Kinderchors über die Oma als Umweltsau. Nimmt man dessen Text nämlich ernst und vergegenwärtigt sich, wie lange eine Oma in einem Hühnerstall Motorrad fahren müsste, wenn sie die angegebene Menge an Benzin im genannten Zeitraum verbraucht, dann wird schnell deutlich, dass es sich um eine Satire handeln muss. Denn keine reale Oma würde das schaffen können.

Dennoch gestehe ich zu, dass der letzte Satz in der Kolumne von Frau Yaghoobifarah hätte wegfallen können. Man sollte aber auch bedenken, dass sie von einem völlig irrealen Szenario ausgeht, nämlich der Abschaffung der Polizei.

Roswitha Ristau, Braunschweig

Seehofer steht nicht auf dem Boden der Tatsachen

Da Herr Seehofer der Meinung war, sich von einer solchen Kolumne provozieren lassen zu müssen, muss er sich geringfügig vorwerfen lassen, dass er sich nicht auf dem Boden der Tatsachen bei Demonstrationen befindet. Sprüche wie die der „taz“-Kolumnistin sind noch harmlos gegen das, was sich Polizisten auf der Straße anhören müssen. Sprüche aus den 70er, 80er und 90er Jahre waren um ein Vielfaches schlimmer, sie mussten sich auch anhören: „Haut die Bullen platt wie Stullen“ und „Nur ein toter Bulle ist ein guter Bulle“. Niemand wäre in dieser Zeit auf die Idee gekommen, in dieser Form gegen Demonstranten vorzugehen.

Dass Seehofer in dieser Form reagiert hat, erinnert an Herrn Erdoğan und Herrn Orban. Es gab schon einmal einen CSU-Chef, der gegen ein Presseorgan überreagiert hat. Es ist schon bezeichnend, wo veröffentlicht wurde, dass Herr Seehofer Klage erheben möchte. Er sollte lieber Klage nach dem Strafrecht mit Schadensersatzforderungen aus dem Privatvermögen gegen Herrn Tönnies persönlich erheben, dieses Vergehen ist erheblich effizienter als die Meinungsäußerung einer „taz“-Autorin.

Georg Dovermann, Bonn

Die „taz“ betreibt Volksverhetzung

Herr Hebel schreibt, der Kommentar der „taz“-Kolumnistin könne als geschmacklos oder sogar als menschenverachtend verstanden werden. Eine Strafanzeige sei aber ein dreister Angriff auf die Pressefreiheit. Herr Hebel, Ihre Blindheit auf dem linken Auge schadet Ihrer berechtigten Kritik an rechten Tendenzen leider immens. Wer Menschen auf den Müll schickt, betreibt Volksverhetzung, auch wenn es sich um eine Mitarbeiterin der „taz“ handelt. Ist es so schwierig, das ohne Umschweife und Einschränkungen zuzugeben?

Hans-Christoph Otto, Schwalbach

Diskussion: frblog.de/“taz“

Der Zerfall des Familienwesens

Rassismus und die Ursachen: „Lernen wird ungerechter“, FR-Wissen vom 22. Juni

Aus welchen geistigen und seelischen Fundamenten erwachsen rassistische Monstrositäten wie der mutmaßliche Totschlag an George Floyd? Der Psychiater Hans Joachim Maaz empört sich über ein Engagement im Kampf gegen rechts, das zwar groß sei, aber das tieferliegende Problem hilflos verschleierte. Seine Proklamationen verkennt die Quellen des Extremismus, welche gerade auch die Versagung intensiver Zuwendung in der Kindheit bilde. Diese Traumatisierung der Kinder sei heute durch zu frühe Fremdbetreuung weit verbreitet.

Laut dem Kindheitsforscher Michael Hüter haben wir vorrangig in den „hoch entwickelten“ Ländern den Blick für die naturgegebenen Bedürfnisse des Kindes verloren, und das macht heute 50 Prozent (!) der Kinder krank und viele junge Menschen buchstäblich verrückt. Viele Eltern verzweifeln an ihren Schuldgefühlen, weil sie von einer familienfeindlichen Politik gezwungen werden, ihre Kinder zu früh in eine Kita zu geben und ihnen damit eine optimale Frühbetreuung zu versagen. Diese basiert, so Maaz, eben nicht auf Zwangs-Bildung, sondern auf Bindung, und

kann nur von den Eltern gewährt werden. Wer das zehntausend Jahre lang in allen Kulturen unangetastete „Naturgesetz“, das Menschenkind bis zum zweiten Zahnen im familiären Verbund zu belassen, mit ideologischer Phrasenhaftigkeit als antiquiert aushebelt, frühe Fremdbetreuung dagegen zum Fortschritt erklärt, der legt in Maaz' Augen eine Axt an die Wurzeln unseres Gemeinwesens, denn dem Untergang der Hochkulturen ging stets der Zerfall des Familienwesens voran.

Uwe Brauner, Tübingen

Diskussion: frblog.de/foley